

Staatspolitische Kommission des Ständerates  
Per E-Mail an: [spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch)

28. August 2019

Ihr Kontakt: Michael Köpfler, Generalsekretär, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zum Bundesgesetz über die politischen Rechte (Transparenz bei der Politikfinanzierung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Bundesgesetz über die politischen Rechte (Transparenz bei der Politikfinanzierung).

Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

**Die Grünliberalen unterstützen mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung, wir haben im Parlament jeweils auch so votiert. Deshalb begrüßen wir die Absicht der staatspolitischen Kommission des Ständerates, zur Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative)» einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.**

**Die Grünliberalen bevorzugen dazu ein Anreizsystem. Konkret sollen die staatlich finanzierten Fraktionsbeiträge nur noch an Parteien ausgezahlt werden, welche ihre Finanzierung offenlegen. Die Gesamtsumme der Fraktionsbeiträge soll dabei nicht gekürzt werden, sondern an die Fraktionen fließen, welche die ihre Parteienfinanzierung freiwillig offenlegen.**

In einem modernen Rechtsstaat ist es ein legitimes Anliegen, dass die Bevölkerung in Erfahrung bringen kann, welche Interessen eine Partei vertritt. Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung erwarten. Die Schweiz ist das einzige Mitglied des Europarates, das keine Vorschriften zur Parteienfinanzierung kennt, was oft mit den Eigenheiten des Schweizer Polit systems, konkret mit der direkten Demokratie und dem Föderalismus, begründet wird. Doch Politik funktioniert im 21. Jahrhundert schlicht nicht mehr ohne ein gesundes Mass an Transparenz. Das schwächt nicht etwa die direkte Demokratie, im Gegenteil, es stärkt sie langfristig.

Die Grünliberalen teilen die Ansicht der staatspolitischen Kommission des Ständerates, dass detaillierte Bestimmungen betreffend die Transparenz der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen idealerweise nicht in die Verfassung gehören. Deshalb ist ein indirekter Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe sinnvoll. Auch die Fokussierung auf die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien scheint uns zielführend.

Gesucht sind Regeln, die ein Umdenken hin zu mehr Transparenz ermöglichen, die Schweizer Eigenheiten aber respektieren und ausreichend Zeit für eine schrittweise Anpassung lassen. Im Kanton Tessin sind politi-

sche Parteien verpflichtet, der Staatskanzlei jährlich die Herkunft von Spenden über 10 000 Franken offenzulegen, um die Fraktionsbeiträge zu erhalten. Analog zum Tessiner Modell sollen die jährlich 6,7 Millionen Franken Fraktionsbeiträge auf jene Fraktionen verteilt werden, deren Parteien ihre Finanzierung offenlegen. Es ist eine praktikable Offenlegungsbestimmung vorzusehen, z. B. eine Limite pro Jahr und Spender oder Spenderin. Eine solche Regel ist unbürokratisch umsetzbar. Mit dieser Variante können Erfahrungen über die Praktikabilität von Transparenzvorschriften in einem direktdemokratischen Milizsystem gesammelt werden, ohne auf einen Schlag Tausende zumeist ehrenamtlich organisierte Lokalparteien zu reglementieren. Sie setzt auf Anreize statt auf Zwang: Die Parteien entscheiden weiterhin selber, ob sie ihre Rechnung inklusive Herkunft offenlegen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere Vize-Präsidentin und Nationalrätin Kathrin Bertschy, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen  
Parteipräsident



Michael Köpfl  
Generalsekretär